



Initiativantrag an die Bundesdelegiertenversammlung v. 15.-17.11.2024

Nachhaltig familienfreundlich? Kommt der Staat seiner Verantwortung für Familien durch eine nachhaltige Familienpolitik nach? Eine prüfende Bestandsaufnahme aus Sicht der Familien mit abgeleiteten Forderungen der Familien zur Bundestagswahl.

Die Bundesdelegiertenversammlung des Familienbundes der Katholiken beauftragt das Präsidium, mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl ein Positionspapier zum Thema „Nachhaltig familienfreundlich!“ vorzulegen. In einer prüfenden Bestandsaufnahme sollen darin streng am Maßstab einer umfassenden Definition von Nachhaltigkeit konsequent aus spezifischer Sicht der Familien alle wesentlichen familienrelevanten Politikfelder geprüft und bewertet und auf Basis der Ergebnisse ein aktueller Forderungskatalog der Familien entwickelt werden.

Begründung:

Der Begriff der Nachhaltigkeit ist in aller Munde und wird auch in der Politik in unterschiedlichsten Zusammenhängen verwendet. Vereinfacht ausgedrückt, geht es darum, bei allen Handlungen und Entscheidungen auf die Folgen zu achten. So könnte der Begriff auch mit zukunftsfähig übersetzt werden. Etwas komplexer ist es in der wohl bekanntesten Definition von Nachhaltigkeit formuliert – sie stammt aus dem Jahr 1987 von einer Kommission der Vereinten Nationen: „Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.“ Zu den zentralen Annahmen gehört, dass Nachhaltigkeit nur durch die gleichzeitige Berücksichtigung von Ökonomie, Ökologie und Sozialem realisiert werden kann.

Auf Basis dieses Verständnisses von Nachhaltigkeit sollte es eine lohnende und spannende Aufgabe des Familienbundes der Katholiken sein, als Stimme der Familien konsequent aus Sicht der Familien in Deutschland die Berücksichtigung der spezifischen Belange, Bedürfnisse und Interessen von Familien in den wesentlichen Politikfeldern einer prüfenden Bewertung zu unterziehen.

Dabei sollten die klassischen Themengebiete der Familienpolitik wie Steuern und Transfers (Familienleistungsausgleich) und die Ausgestaltung der Sozialen Sicherungssysteme mit Rente, Pflege und Krankenversicherung jeweils unter besonderer Berücksichtigung des generativen Beitrages für die langfristige Stabilisierung der Systeme herausgearbeitet werden. Daneben sind ergänzend weitere familienpolitische Handlungsfelder wie Kinderbetreuung, Familie und Arbeitswelt, Familie und Bildungssystem (u.a.) und die übergreifenden Herausforderungen der Demographischen Entwicklung zu betrachten.

Für eine Begründung der aktuellen Familienleistungen wäre es besonders bereichernd (aber wohl auch anspruchsvoll) in diesem Zusammenhang eine Art Generationenbilanz aufzumachen, die sowohl die heutigen Leistungen von und für Familien (generativer Beitrag, Transfers, Ansprüche und Verpflichtungen) aber eben auch die Belastungen (wachsendes Staatsdefizit) für zukünftige Generationen im Gesamtkontext unter der Überschrift Generationengerechtigkeit gewichtet.

Zu vielen der genannten Fragestellungen sollte es ausreichend analytische und programmatische Vorarbeiten aus der langjährigen Arbeit des Familienbundes geben. Interessant wäre es sicherlich, diese in die aktuelle politische Diskussion und vor dem Hintergrund der finanziellen Schwierigkeiten aller betroffenen staatlichen Systeme akzentuiert aus Sicht der Familien – die bekanntlich alle Generationen solidarisch verbindet – politisch argumentativ einzuordnen.

Mit freundlichen Grüßen
Michael Korden

- Geschäftsführer -
Diözesanverband Trier
Mustorstraße 2
54290 Trier